



ÖFFENTLICHER VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

Absender:

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Hagen

Betreff:

Vorschlag der SPD-Fraktion
hier: Einlagerung von städtischem Inventar

Beratungsfolge:

14.11.2019 Rat der Stadt Hagen

Beschlussvorschlag:

Frau Kaufmann als zuständige Dezernentin für den Fachbereich Jugend und Soziales trägt Sorge dafür, dass die vom Fachbereich angemietete Lagerhalle an der Rehstraße 38 umgehend geräumt und abgemietet wird.

Um die Einlagerung von Ausstattungsgegenständen zur Ausstattung von Wohnungen und Sammelunterkünften für Flüchtlinge und Wohnungslose weiterhin in vollem Umfang gewährleisten zu können, werden die zum gleichen Zweck genutzten und teilweise wieder abgemieteten Hallenflächen des Werkhofs an der Obernahrmer Straße 10 in dem Umfang wieder angemietet, damit die Ausstattung für die Flüchtlingsunterbringung auf Dauer gewährleistet werden kann.

Darüber hinaus erarbeitet Frau Kaufmann mit der Werkhof gem. GmbH eine Organisationsstruktur, die auf Einlagerung, Transport und Auf- und Abbau von Wohnungseinrichtungen aus einer Hand abzielt und den Werkhof damit zum alleinigen Ansprechpartner für den zuständigen Fachbereich macht.



Kurzfassung
entfällt

Begründung
siehe Anlage

Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung

☒ sind nicht betroffen

Herrn
Oberbürgermeister
E.O. Schulz
im Hause

05. November 2019

Einlagerung von städtischem Inventar

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schulz,

wir bitten um Aufnahme des og. Antrages für die nächste Sitzung des Rates
gem. §6 Abs.1 GeschO, am 14. November 2019.

Beschlussvorschlag:

Frau Kaufmann als zuständige Dezernentin für den Fachbereich Jugend und Soziales trägt Sorge dafür, dass die vom Fachbereich angemietete Lagerhalle an der Rehstraße 38 umgehend geräumt und abgemietet wird.

Um die Einlagerung von Ausstattungsgegenständen zur Ausstattung von Wohnungen und Sammelunterkünften für Flüchtlinge und Wohnungslose weiterhin in vollem Umfang gewährleisten zu können, werden die zum gleichen Zweck genutzten und teilweise wieder abgemieteten Hallenflächen des Werkhofs an der Oberrahmer Straße 10 in dem Umfang wieder angemietet, damit die Ausstattung für die Flüchtlingsunterbringung auf Dauer gewährleistet werden kann.

Darüber hinaus erarbeitet Frau Kaufmann mit der Werkhof gem. GmbH eine Organisationsstruktur, die auf Einlagerung, Transport und Auf- und Abbau von Wohnungseinrichtungen aus einer Hand abzielt und den Werkhof damit zum alleinigen Ansprechpartner für den zuständigen Fachbereich macht.

Begründung:

Nach Beantwortung einer Anfrage der SPD-Ratsfraktion durch die Verwaltung im Haupt- und Finanzausschuss am 30.10.2019 (Drucksachennummer 1016/2019) wurde deutlich, dass der Fachbereich Jugend- und Soziales zwei Lagerhallen zu dem gleichen Zweck angemietet hat. Dabei handelt es sich an der Rehstraße um eine privatwirtschaftlich vermietete Halle, die Immobilie an der Oberrahmer Straße 10 wird hingegen vom Werkhof vorgehalten und an die Stadt vermietet.

Wie weiterhin aus der Antwort der Verwaltung zu entnehmen ist, wurde die ursprünglich angemietet Fläche von 1600 Quadratmeter in der Obernahrmer bereits auf 1200 Quadratmeter reduziert. Aktuell wurde die dortige Einlagerungsfläche zum 1.11.2019 noch einmal halbiert, sodass die Stadt dort nur noch eine Fläche von 600 Quadratmetern angemietet hat. An der Rehstraße stehen 800 Quadratmeter zur Verfügung, die der Werkhof nach eigenem Bekunden in der Obernahrmer ebenfalls problemlos anbieten kann.

Diese Maßnahmen unterstützen nicht nur den Werkhof als sozialen Arbeitgeber und wichtigen Akteur bei der Qualifizierung und Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen, sie ersparen der Stadt auch Mietkosten in erheblichem Umfang.

In diesem Zusammenhang weist die SPD-Ratsfraktion noch einmal darauf hin, dass der Haupt- und Finanzausschuss erst kürzlich in seiner Sitzung vom 9. Mai 2019 folgende Beschlüsse zur Unterstützung des Werkhofs einstimmig gefasst hat:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, in Abstimmung mit ihren Ämtern und den städtischen Tochterunternehmen (inkl. WBH) konkret zu benennen, in welchen Bereichen und Arbeitsfeldern diese den Werkhof mit entsprechenden Aufträgen in Anspruch nehmen können.
2. Darüber hinaus sollen die Tochtergesellschaften und Eigenbetriebe verpflichtet werden, bei ihren Auftragsvergaben zuvor fortlaufend zu prüfen, ob und in welchem Umfang eine Vergabe an die Werkhof gem. GmbH möglich ist, und in Abstimmung mit dem Werkhof diese Vergaben zu realisieren.

Freundliche Grüße



Claus Rudel
SPD-Fraktion



ÖFFENTLICHE STELLUNGNAHME

Amt/Eigenbetrieb und ggf. beteiligte Ämter:

55 Fachbereich Jugend und Soziales

Betreff: Drucksachennummer: 1106/2019
Vorschlag der SPD-Fraktion
hier: Einlagerung von städtischem Inventar

Beratungsfolge:
14.11.2019 Rat der Stadt Hagen



Der Fachbereich Jugend und Soziales unterhält vielfältige Kooperationen mit dem Werkhof. Als städtische Gesellschaft ist die **Werkhof gem. GmbH** im Rahmen ihres Portfolios erster Ansprechpartner für eine Vielzahl an Maßnahmen im Rahmen des Aufgabenspektrums des Fachbereiches. Im Bereich der Versorgung von Flüchtlingen wird die Werkhof gem. GmbH mit der Wohnungsausstattung und dem Anschluss von Haushaltsgeräten, der Entrümpelung von Flüchtlingsunterkünften und mit der Durchführung von handwerklichen Leistungen beauftragt. Diese bewährte Zusammenarbeit besteht seit vielen Jahren und wird unverändert auch zukünftig fortgesetzt.

Auf den erhöhten Zustrom von Flüchtlingen ab dem Jahr 2014 war - wie andere Städte auch - die Stadt Hagen nicht vorbereitet. Es wurde erforderlich, zusätzlich ca. 1.500 Plätze in neuen Gemeinschaftsunterkünften und Wohnungen zu akquirieren und mit dem notwendigen Mobiliar auszustatten. Für die Ausstattung der Unterkünfte wurde regelmäßig der Werkhof beauftragt.

Vor dem Hintergrund der krisenhaften Situation erfolgte anfänglich die Freihändige Vergabe zur Beschaffung der notwendigen Ausstattungsgegenstände. Nach Ablauf dieser Phase erfolgte die Beschaffung nach den gültigen Vergabegrundsätzen zur Lieferung von Leistungen unter Berücksichtigung der Unterschwellenvergabeordnung (UVgO). Das im Rahmen von Ausschreibungsverfahren erworbene Inventar wird eingelagert und nach Bedarf in den Flüchtlingsunterkünften eingesetzt. Des Weiteren wurden und werden sowohl für die Ausstattung als auch für notwendige Kleinreparaturen und Ersatzlieferungen städtische Mitarbeiter in den Unterkünften eingesetzt.

Im Rahmen einer durch den Fachbereich Personal und Organisation durchgeführten Organisationsuntersuchung zur Einrichtung der Sachgruppe Unterkunftsverwaltung im Jahr 2015 wurde festgestellt, dass die bisherige Praxis der Einlagerung von Ausstattungsgegenständen ausschließlich beim **Werkhof e. V. Hohenlimburg** und in Kellern verschiedener städtischer Gebäude wegen der langen Wegezeiten und der nicht barrierefreien Zugänge unwirtschaftlich war. Um die kostenintensiven, langen Wegezeiten zu reduzieren, wurde die zusätzliche Einrichtung eines zentralen Lagers für sinnvoll erachtet und beschlossen. Diese Maßnahme wurde – nach Prüfung der vorhandenen Angebote - durch die Anmietung der Lagerflächen in der Rehstraße umgesetzt. Diese Lösung trug im Sinne eines wirtschaftlichen Verwaltungshandelns der geschilderten Problematik umfassend Rechnung.

Ab März 2019 konnte der **Werkhof e. V.** eine bis dahin genutzte Lagerhalle nicht mehr zur Verfügung stellen. Die dort eingelagerten Gegenstände wurden im Januar und Februar 2019 auf anderen Lagerflächen des Werkhof e. V. verteilt. Somit fielen spätestens ab März 2019 von den ursprünglich vereinbarten 1.200 m² ca. 1.000 m² Lagerfläche weg, die nur teilweise durch Zurverfügungstellung anderer Flächen kompensiert wurden. Aktuell werden noch ca. 600 m² genutzt und abgerechnet. Eine Verteilung des Lagergutes von der Obernahrmer in die Rehstraße hat nicht stattgefunden. Die Mietzahlungen wurden entsprechend angepasst. Eine Abmietung von Lagerflächen durch die Stadt Hagen hat also nicht stattgefunden.



Die Verwaltung wird mit der Werkhof gem. GmbH, unter der Prämisse der Wirtschaftlichkeit und den Rahmenbedingungen der Vergabeordnung, in intensive Gespräche mit der Zielsetzung eintreten, die Möglichkeiten der Leistungserbringung zur Ausstattung der Flüchtlingsunterkünfte zu prüfen und umzusetzen.

Wünschenswert wäre der Abruf von Komplettleistungen, wie die Beschaffung inklusive der Lieferung und der notwendigen Aufbau- / Anschlussleistungen.

Eine Umsetzung dieses Modells würde es für die Stadt Hagen entbehrlich machen, Lagerflächen anzumieten.

Zum Stichtag 01.11.2019 waren 322 Geflüchtete in Gemeinschaftsunterkünften und 709 Geflüchtete in angemieteten Wohnungen untergebracht. Bis zum 01.11.2019 wurden 220 Asylbewerber im Jahresverlauf neu zugewiesen.

Im Rahmen der Unterkunftsverwaltung sind entsprechend Ersatzausstattungen aufgrund von Verschleiß regelmäßig vorzunehmen.

Bis zur Implementierung des Modells ist die Vorhaltung zentraler Lagerflächen unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten weiterhin erforderlich.

gez. Erik O. Schulz

Oberbürgermeister

Bei finanziellen Auswirkungen:

gez. Margarita Kaufmann

Beigeordnete

gez. Christoph Gerbersmann

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer



Verfügung / Unterschriften

Veröffentlichung

☒ Ja

☐ Nein, gesperrt bis einschließlich _____

Oberbürgermeister

Gesehen:

Stadtkämmerer

Stadtsyndikus

Beigeordnete/r
Die Betriebsleitung
Gegenzeichnen:

Amt/Eigenbetrieb:

Beschlussausfertigungen sind zu übersenden an:

Amt/Eigenbetrieb:

Anzahl:
